

W VIII b S.A.173.

Anlagen.

Zwei Vorgänge der letzten Zeit geben Anlaß, auf die handelspolitische Lage Deutschlands in Latein-Amerika näher einzugehen. Das Eine ist der handelspolitische Vorstoß der Vereinigten Staaten gegen Deutschland bei dem Interamerikanischen Kongreß in Buenos-Aires im Dezember 1936. Das Andere ist die Verbreitung einer Propagandaschrift der "Pan American Union" in Washington, die den Titel "German Trade Competition in Latin America" trägt. Aus diesen beiden Vorgängen ist zu erkennen, daß die Vereinigten Staaten ihren handelspolitischen Kampf gegen Deutschland in Latein-Amerika fortsetzen mit dem Mittel des politischen Drucks, mit dem Mittel scheinbar richtiger statistischer Zahlen und Argumente, mit dem Mittel falscher Pressemeldungen u.a. Diese beiden Vorgänge und zahlreiche andere in gleicher Richtung liegende Wahrnehmungen erfordern die besondere Aufmerksamkeit und gesteigerte Abwehr aller deutschen Stellen.

## I.

Der Interamerikanische Kongreß in Buenos - Aires.

Der Staatssekretär der Vereinigten Staaten H u l l hat seine Eröffnungsansprache in Buenos-Aires wieder zu einem Angriff gegen die deutsche Handelspolitik benützt- Der darauf bezügliche fünfte Teil seiner Ansprache ist hier beigelegt. Herr Hull hat zwar Deutschland nicht ausdrücklich

An

die Deutsche Botschaft in Rio de Janeiro  
Buenos-Aires  
Santiago

die Deutsche Gesandtschaft in Caracas  
Montevideo  
Asuncion  
La Paz  
Lima  
Quito  
Bogota  
Guatemala

- je besonders -

19/37.

ausdrücklich genannt. Für jeden Unterrichteten ist es aber klar, daß er in erster Linie auf Deutschland zielt, wenn er von "discriminatory Practices" und von "bilateral bargaining method of trade" spricht. Die Gedankengänge und diese Redewendungen seiner Ansprache sind uns aus unseren Verhandlungen in Washington und mit Herrn Hull persönlich bekannt. Besonders bezeichnend für die gegen Deutschland gerichtete Absicht ist eine Meldung der New Yoek Times über handelspolitische Besprechungen, die Herr Hull bei einem Aufenthalt in Rio de Janeiro mit der brasilianischen Regierung geführt haben soll. Die Meldung der New York Times ist hier beigefügt. Danach soll bei dieser Gelegenheit verabredet worden sein, daß von den beiden Regierungen besonders geprüft wird, ob der deutsch-brasilianische Handelsvertrag den Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Brasilien schädigt, und daß gegebenenfalls solche Schädigungen beseitigt werden. Tatsächlich hat, wie der brasilianische interimistische Außenminister dem deutschen Botschafter in Rio de Janeiro gesagt hat, der deutsch-brasilianische Handelsverkehr bei den Besprechungen Halls in Rio keinen besonderen Gesprächsgegenstand gebildet. Die Zeitungsmeldung ist also falsch und offenbar absichtlich mit dem Ziele veröffentlicht worden, bei den Regierungen der anderen lateinamerikanischen Staaten die Annahme hervorzurufen, als habe die Regierung des größten der südamerikanischen Staaten den Vorstellungen der Vereinigten Staaten wegen des sogenannten bilateralen Handelsverhältnisses zu Deutschland nachgegeben.

Ich ersuche die Missionen, dieser gegen Deutschland gerichteten, sogar mit Falschmeldungen arbeitenden Propaganda mit allen Mitteln und ohne Zurückhaltung in allen in Betracht kommenden amtlichen und privaten Kreisen entgegenzutreten. Zu diesem Zweck ist zunächst die erwähnte Pressemeldung der New York Times als falsch festzunageln. Gegen die Darlegungen Halls können folgende Argumente verwendet werden.

Deutschland

Deutschland hat, solange es dazu in der Lage war, die liberalste Außenhandelspolitik getrieben. Die unbeschränkte und unbedingte Meistbegünstigung ist keine Erfindung des Herrn Hull. Deutschland hat den Grundsatz der unbeschränkten und unbedingten Meistbegünstigung schon jahrzehntelang durchgeführt, bevor die Vereinigten Staaten ihn anerkannten, nämlich erstmalig im Jahre 1924 in dem Handelsvertrag mit Deutschland. Kein anderes Land hat vor und nach dem Weltkrieg für diesen Grundsatz so gekämpft und soviel zu seiner Verwirklichung beigetragen wie Deutschland. Er ist auch jetzt noch die Grundlage der deutschen Handelspolitik. Mit der Kontrolle des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland ist allerdings in die Außenhandelspolitik der meisten Staaten ein neuer Faktor gekommen. Deutschland ist zur Devisenkontrolle nicht aus eigenem Entschluß gekommen. Es ist vielmehr durch seine Auslandsverschuldung, durch die Zurückziehung der kurzfristigen Kredite, die Sperre langfristiger Anleihen und den Verlust seiner Währungsreserve sowie durch die prohibitive Handelspolitik seiner Gläubigerländer, und zwar gerade der Vereinigten Staaten dazu gezwungen worden. Da die lateinamerikanischen Staaten vielfach in eine ähnliche Zwangslage gebracht worden sind wie Deutschland, wird man gerade bei ihnen Verständnis dafür erwarten können. Die weitere Folge der Devisenkontrolle waren die Verrechnungsabkommen, gegen die Deutschland sich anfänglich gewehrt, die ihm aber gerade von Gläubigerländern aufgezwungen worden sind. Diese Verrechnungsabkommen haben dann allerdings, sobald brauchbare technische Methoden dafür gefunden waren, zu dem in Deutschland selbst überraschenden Ergebnis geführt, den Warenaustausch mit vielen Staaten, darunter gerade die lateinamerikanischen Staaten, zu steigern. Trotzdem ist Deutschland grundsätzlich kein Verteidiger dieses von Herrn Hull so getauften "bilateralen" Handelssystems.

Der

Der Führer und Reichskanzler, der deutsche Reichsaußenminister, der deutsche Reichswirtschaftsminister und andere haben wiederholt unzweideutig erklärt, daß Deutschland bereit wäre wieder zu einem freieren Zahlungs- u. Güterverkehr zu kommen. Voraussetzung dafür ist aber daß die Staaten, die dazu in der Lage sind, die Möglichkeiten dafür schaffen, Solange aber die Gläubigerländer, die überreich sind an Ackerland, Siedlungsraum und Rohstoffen, die alle Kolonien besitzen, ohne sie voll erschließen zu können, die fast das ganze Währungsgold aufgehäuft haben, ohne es voll nutzbar zu machen, ihre Handels-, Finanz- und Einwanderungspolitik nicht ändern, kann von den anderen Staaten, die übervölkert, ohne Raum für Siedlung, ohne genügend Ackerland, ohne Rohstoffe, ohne Kolonien, ohne Währungsreserven, ohne Kapital und dazu noch mit Auslandsschulden belastet sind, nicht erwartet werden, daß sie die Devisenkontrollen mit den von Herrn Hull beanstandeten Rückwirkungen auf den Warenaustausch aufheben.

In diesem Zusammenhang muß immer darauf hingewiesen werden, daß die drei großen Gläubigerländer, die Vereinigten Staaten, England und Frankreich, in ihrer bekannten Drei-Mächte-Proklamation vom 25. September 1936 zur französischen Devaluation die Notwendigkeit des Abbaues der Handelshemmnisse gepredigt haben, daß aber keines dieser Länder bisher etwas in dieser Richtung getan hat. Weder haben die Vereinigten Staaten seitdem ihre prohibitiven Zölle ermäßigt, noch hat England sein Ottawa-Präferentsystem aufgegeben, noch hat Frankreich seine Einfuhrbeschränkungen aufgehoben. Das Gleiche gilt von den drei anderen Gläubigerländern, die sich der Drei-Mächte-Proklamation angeschlossen haben, Holland, Belgien und der Schweiz.

Herr Hull hat bei einer anderen Gelegenheit geäußert, daß das sogenannte bilaterale Handelssystem die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten "desorganisiere". Auf Grund der internationalen Handelsentwicklung der letzten Jahre könnte man das Gegenteil mit mehr

Recht behaupten. Es ist eine unmittelbare Wirkung der Verrechnungsabkommen, d. h. des sogenannten bilateralen Handelssystems, den gegenseitigen Warenaustausch zwischen zwei Länder besonders stark zu entwickeln, wenn bei diesen Zwei Ländern nach der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung sowie nach der Bevölkerungszahl die Voraussetzung für eine gegenseitige Ergänzung vorliegt. Nur so läßt der Aufschwung sich erklären, den der Außenhandel Deutschlands unter dem bilateralen System mit vielen Ländern, so mit dem ganzen Südosten Europas bis nach Iran hin und mit Lateinamerika genommen hat. Diese Handelsentwicklung ist auch nicht eine "shortsighted calculation of momentary advantage". Im Gegenteil bietet die bilaterale Wirtschaftsverflechtung zwischen zwei Ländern, die sich wirtschaftlich ergänzen, eine größere Gewähr für Bestand als der freie Welthandel. Der freie Welthandel, der multilaterale Warenaustausch setzt Hilfs- und Ausgleichsmittel voraus, die außerhalb des eigentlichen Warenaustausches liegen, wie stabile Währungen und einen freien internationalen Kredit- und Kapitalverkehr. Wenn diese Hilfs- und Ausgleichsmittel wegfallen, bricht auch das multilaterale Handelssystem zusammen, wie die Zeit seit 1931 bewiesen hat. Der bilaterale Warenaustausch dagegen wird davon nicht berührt. Daher bedeutet es nicht Desorganisation, nicht kurzsichtige Handelspolitik, wie es Herr Hull behauptet, sondern besser Organisation und Handelspolitik auf lange Sicht, wenn Lateinamerika mit seinen großen Landwirtschaftlichen Überschüssen und seiner verhältnismäßig geringen Verbraucherzahl bilaterale Handelsbeziehungen mit dem zweitgrößten Verbraucherland der Welt, Deutschland, mit seinem dauernden Zuschußbedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen pflegt.

## II.

Ein Abdruck der von der "Pan American Union" in Washington verbreiteten Propagandaschrift "German Trade Competition in Latin America" liegt bei. (Die Aufstellung

der

der brasilianischen Baumwolllexporte 1935 - Seite 11- enthält einen Additionsfehler, der auf einen Druckfehler bei der Angabe der Februarverkäufe zurückzuführen sein wird.)

Die Schrift ist, soweit sie die deutschen Methoden des Wettbewerbs darstellen will, nicht sehr tiefgründig, wie schon daraus hervorgeht, daß sie nur die Askimark behandelt. Es ist hier nicht beabsichtigt, die falschen oder schiefen Auffassungen alle zu berichtigen, die sich in dieser Beziehung in der Schrift finden. Es sollen hier nur einige Gegenargumente zur Widerlegung gegeben werden.

Wenn auf Seite 10 im ersten Absatz als ein Nachteil für Lateinamerika beanstandet wird, daß der Handel mit Deutschland den lateinamerikanischen Ländern nur einen beschränkten "amount of free exchange" läßt, "to cover the invisible debit items in the international payments", so ist dem entgegenzuhalten, daß es nicht Sache Deutschlands ist, freie Zahlungsmittel zur Befriedigung anderer Länder zu liefern. Mag die unter I genannte Gruppe der 6 Gläubigerländer dafür sorgen, daß die allgemeinen, insbesondere die finanziellen Voraussetzungen für einen freien Welthandel geschaffen werden.

Im 2. Absatz auf Seite 10 wird weiter beanstandet, daß die deutschen Kaffeebezüge aus Guatemala, Costa Rica, El Salvador und Nicaragua nach anderen Ländern verlagert worden sind. Das ist richtig. Das ist aber auch von Anfang an beabsichtigt gewesen. Diese Absicht ist den beteiligten Regierungen loyalerweise schon im Jahre 1934 (vgl. Runderlaß vom 23. April 1934 -W 1490 an die Missionen in den Kaffee ausführenden Ländern) angekündigt worden.

Wenn auf Seite 11 weiter als eine Schädigung Brasiliens beanstandet wird, daß die deutschen Bezüge aus Brasilien sich vom Kaffee mehr nach der Baumwolle hin verlagert haben, so ist das im vollen Einvernehmen mit der brasilianischen Regierung geschehen. Die

Brasilianische

Brasilianische Regierung verfolgt seit Jahren die Politik, die riskante Monokultur des Kaffeebaues einzuschränken und dafür den Baumwollbau zu erweitern. Es liegt also nicht eine Schädigung, sondern eine ausgesprochene Hilfe für Brasilien in dieser Verlagerung. Ohne die deutsche Hilfe hätte die brasilianische Umstellung auf Baumwolle sich nicht so schnell und gewinnreich gestaltet. In ähnlicher Weise hat Deutschland im übrigen auch Argentinien und Uruguay geholfen, indem es durch den Bezug von Gefrierfleisch die Lücke ausgefüllt hat, die durch die englische Ottawa-Präferenzpolitik entstanden ist.

Interessanter als die textlichen Ausführungen der Schrift sind ihre allerdings nur bis 1935 reichenden statistischen Angaben. Ich empfehle sie dem Studium der Missionen besonders. Aus ihnen geht hervor, daß der prozentuale Anteil der deutschen Einfuhr von 1932 - 1935 nach allen lateinamerikanischen Staaten außer Argentinien, Uruguay und Panama gestiegen, zum Teil sehr erheblich gestiegen ist. Noch interessanter ist aus der inzwischen bekannt gewordenen Statistik für die ersten 9 Monate 1936, daß Deutschland in Brasilien und Chile an die erste Stelle der Einfuhr aufgestiegen ist. In den meisten Fällen ist die deutsche Einfuhrsteigerung auf Kosten der Vereinigten Staaten (und Englands) erfolgt. *Hinc illae lacrimae.*

Die deutschen Missionen in Lateinamerika können diesen Erfolg zu einem erheblichen Teil für sich in Anspruch nehmen. Dies wird hier in den Ministerien und in der privaten Wirtschaft mit Dank anerkannt. Ich richte im Sinne des bekannten Runderlasses des Herrn Reichsministers vom 30. Juli 1936 -W I Gen. 5845- die Bitte an alle Missionen in Lateinamerika, diesen Erfolg und diese Anerkennung zum Anlaß zu nehmen, die intensive Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet unentwegt fortzusetzen. Die Missionen können dabei der vollen Unterstützung der hiesigen Ministerien und der privaten Wirtschaft sicher sein.

Ich

Ich will an dieser Stelle kurz auf die Tatsache eingehen, daß in letzter Zeit zahlreiche Klagen von Missionen in Lateinamerika eingehen, daß deutsche Firmen Aufträge nicht annehmen oder zu lange Lieferfristen setzen oder zu hohe Preise verlangen. Jeder dieser Klagen wird hier mit voller Aufmerksamkeit und mit möglicher Beschleunigung nachgegangen. In vielen Fällen konnte abgeholfen werden. Wenn es nicht in allen Fällen geschehen ist, so lagen dafür Gründe vor, auf die ich demnächst in einem allgemeinen Runderlaß eingehen werde. Jedenfalls bitte ich die Missionen, auch in Zukunft jeden solchen Fall drahtlich oder mit Luftpost hierher zu melden. Dabei ist notwendig, daß möglichst viel Einzelheiten (deutsche Firma, dortiger Auftraggeber, Gegenstand des Geschäftes, Grund der Beschwerde oder der Schwierigkeit) angegeben werden.

### III.

Die obigen Gegenargumente gegen den handelspolitischen Kampf der Vereinigten Staaten sind nicht nur für die Information der Missionen bestimmt. Ich bitte vielmehr, ihnen weitest Verbreitung zu geben. Also Verwertung bei amtlichen oder nichtamtlichen Besprechungen mit dortigen Regierungsvertretern; Unterrichtung von einflußreichen Geschäftsleuten zwecks Weiterverbreitung; Weitergabe als Material für Vorträge; Information von Handelsabkommen oder anderen geschäftlichen Vereinigungen. Ich bitte auch zu prüfen, in welcher Weise die dortigen Landes- und Ortsgruppen der Auslandsorganisation zur Abwehr der Propaganda der Vereinigten Staaten und zur Aufklärung über die deutsche Handelspolitik herangezogen werden können. Besonders wichtig ist ferner die Unterrichtung und Beeinflussung der dortigen Presse. Ich habe keine Bedenken, daß einzelne Abschnitte aus diesem Erlaß vertrauenswürdigen Journalisten zu diesem Zweck gegeben werden.

Die Botschaften in Rio de Janeiro, Buenos-Aires

und

und Santiago werden gebeten, die für die Gesandtschaft in Caracas, Guatemala bzw. Asuncion, Montevideo bzw. La Paz, Lima, Quito und Bogotá bestimmten Erlasse auf dem Luftpostwege dorthin abzusenden.

Auf dem gewöhnlichen Postwege werden den Missionen, in deren Bezirk Konsulate sind, demnächst noch die erforderlichen Abdrucke zur Weitergabe an die Konsulate nachgesendet werden.

Im Auftrag

*Hiltner*